

Volksblatt

Das Volksblatt erscheint jeden Freitag; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Bolk und Welt“. Umzeitung einschließlich des Monatspreises des Rückporto beizufügen. Das Volksblatt ist das Publikationsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Verbände. — Expedition: Post 2400, Hallesche, Wilhelm-Str. 27, Fernsprech-Nr. 4667. Bericht, Anzeigenentwurf, mittags von 12 bis 1 Uhr.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr für halbes Jahr 10,- Mark. Einmalige Belegpreise monatlich 2 Mk. ab Postporto. In Postbotenbestellung mit beiderseitiger Einigung an den Verlag 2400 Halle. Bezugspreis: 12 Pf. im Voraus und 60 Pf. im Voraus. Bestellungen bei Postämtern, Hauptgeschäftsstellen des Reichspostamts, Postfach 4606, Halle. Dr. Ulrichstraße 27 — Postfachkonto 20319. Erlaubt

Die französische Marokko-Front in bedrohlicher Lage.

Neue Hilfstruppen für Abd el Krim. / Die französische Front durchbrochen. Wechsel im französischen Oberkommando.

Amlicher Bericht.

Trotz Verabredungsversuchen sehr beunruhigend.

Paris, 6. Juli. (Radiotelegraph.)

Ein amtlicher Bericht des Kriegsministeriums, dessen Zweck es ist, die öffentliche Meinung des Landes zu beruhigen, bespricht den außerordentlich schwierigen militärischen Lage in Marokko für Frankreich angenommen hat. Es geht daraus u. a. hervor, daß die Stämme der Gegend von Taza, deren Abfall schon seit mehreren Tagen befristet worden war, nunmehr endgültig zu den Rifstämmen übergegangen sind. Infolge dessen ist die französische Oberkommando gezwungen, einen Teil der bisher an der südlichen Front gehaltenen Truppen umzugeben. Im amtlichen Bericht heißt es darüber, daß der unter dem Druck des Generals Abd el Krim mehrere ihrer treuesten Stämme in der Front der Franzosen eine Preisgabe versprochen habe, durch die die feindlichen Streitkräfte durchbrochen seien, um die regulären französischen Truppen anzugreifen. Diese seien, um die regulären französischen Truppen anzugreifen, in den Besitz neuer Stellungen zu bestehen, um die feindlichen Angriffe abzuwehren zu können. Die Öffentlichkeit dürfte sich durch die in einem Kolonialkrieg unermesslichen Aufschüchtlungen nicht verwirren lassen. Man dürfe nicht vergessen, daß die gegenwärtigen militärischen Operationen in Marokko auf Schiermungen hinarbeiten, die sich sehr erheblich von denen der früheren Operationen in diesem Lande und auch von denen eines europäischen Krieges unterscheiden. Der General sei weit über bewaffnet als vor zehn Jahren, und sein Angriff werde sich über eine sehr ausgedehnte Front, wobei er sehr gefährlich das Gelände und die anwesenden Kampfmittel benutze.

Die Regierung wird heute vormittag auf einem außerordentlichen Ministerrat zusammentreten, um sich mit der kritischen Lage in Marokko zu befassen. Inwieweit der Beratung soll sein, einen Oberbefehlshaber für Marokko zu ernennen. Dafür soll der bisherige Oberbefehlshaber der Rheinarmee, General Guillaumat, in Aussicht genommen sein.

„Von Tag zu Tag beunruhigender.“

Paris, 6. Juli. (Sta. Drahtbericht.)

Die militärische Lage in Marokko wird von Tag zu Tag beunruhigender. Während im Westen die Lage sich unbedeutend hebt, häufen sich im Zentrum und vor allem auf dem rechten Flügel der französischen Front die Angriffe der Hilfstruppen. An mehreren Stellen ist es ihnen gelungen, die französische Linie zurückzuführen. Der offizielle Generalbericht gibt an, daß durch diese Einbrüche und durch die gleichzeitige verstärkte Propaganda Abd el Krim die Beunruhigung unter

den im Angriffsbereich wohnenden Stämmen wächst, so daß zu befürchten ist, daß ihre Haltung durch die Erfolge Abd el Krim's zunehmenden Frankreichs beeinflusst wird.

Fes bedroht.

Paris, 6. Juli. (RPA.)

Nach einer Mitteilung des „Journal des Débats“ aus Fes beginnt die militärische Lage in der Gegend von Fes ziemlich schlecht zu werden. Die treue indigenen Stämme lassen Zeichen von Unzufriedenheit erkennen. Im Gebiet der Fes an der Front in die französischen Streitkräfte durchbrochen. Der Bericht schließt, die Lage werde immer kritischer und die Bedrohung von Fes sei alles andere als eine Fabel.

Französisches Friedensangebot?

Paris, 6. Juli. (Radiotelegraph.)

„Journal“ will erfahren haben, daß zuerst über die Möglichkeit, einen offiziellen Friedensvertrag zwischen Frankreich und Spanien zu schließen, in den letzten Tagen der Verhandlungen verhandelt wird. Man werde sich an dem und dem anderen über die gemeinsame Einheitsbestimmung auf landwirtschaftlichem, wirtschaftlichem und administrativem Gebiet unter der nominalen Souveränität des Sultan und im Rahmen noch zu bestimmender Grenzen verständigen. Man werde von Abd el Krim pro forma die Auslieferung von Waffen verlangen, aber nicht die Abfertigung seines gesamten Arsenals und namentlich nicht die Abfertigung der zum Betrieb 50 000 Schnellfeuerwaffen, über die er verfügt.

Ein Generalfreiw-Beschluß.

Paris, 6. Juli. (Radiotelegraph.)

Während hat hier ein Senatskomitee, das sich mit der Lage in Marokko und mit den Finanzmaßnahmen Galloux befaßte. Die Senatskomitee waren Vertreter politischer und gesetzlicher Ausschüsse. Es wurde grundsätzlich ein Generalfreiw gegen den Krieg beschlossen, ein Aktionskomitee von 150 Mitgliedern ernannt, das darauf tragt wurde, insbesondere einen Gefühlsausdruck zu bestimmen, dem alle Handlungsbereitschaft hinsichtlich aller zu treffenden militärischen Entscheidungen angeschlossen wurde. Der Senat beschloß,erner eine Enquete-Kommission einzusetzen, die sich mit der Lage in Marokko beschäftigen soll, um an Ort und Stelle Erhebungen über die militärischen Verhältnisse einzuleiten. Es wurde eine Delegation ernannt, die sich im Parlament begeben soll, um von ihm die notwendige Erlaubnis eingeholen.

Mißtrauensantrag gegen Stresemann.

Die böllischen entants terribles in der schwarzweissen Betrugskomödie.

Den besten Ausdruck der offiziellen Einigkeit bilden die fortgesetzten gegenseitigen Beschuldigungen der Regierungsparteien. Es ist bekannt, daß der Reichsinnenminister Schiele sich seit Februar bis Ende Mai einen Donnerkeilschlag gelistet hat und den den außerordentlichen Missionen des Reichsinnenministeriums nicht genügt haben und obwohl sie im Rahmen und auch in der Presse ausführlich besprochen worden sind. Die Volkspartei beschuldigt diese Besorgnis als Schwundel, während die Deutschnationalen wiederum die Erklärungen ihrer Bundesgenossen der Öffentlichkeit als Lüge offerierten. So jagt eine Erklärung die andere, und alles in allem nennt man diese Schwundel: „Einigkeit“.

Was wird nun werden? Es ist zu erwarten, daß die parlamentarische Lage trotz aller Kunststücke und Verwundigungen der Regierung im Laufe der kommenden Woche eine Klärung erfährt. Die deutschnationalen Angriffe aus dem Lande gegen den Außenminister und seine Politik werden sich. Angewandten haben auch die Reichsinnenminister eingedrungen, der folgenden Wortlaut hat:

Der Reichstag sollte beschließen: An Anhalt der Tatsache, daß der Reichsminister des Inneren Dr. Stresemann das das Angebot des Sicherheitsrates enthaltende Memorandum einmündlich und ohne Vorwissen des Kabinetts an auswärtige Regierungen gelangt hat, in Anbetracht der weitesten Zeitraums, bei er dann worden, und inwieweit das Kabinetts und dem Reichstag ohne Kenntnis des Wortlauts und genauer Inhalts des Memorandums gelangt hat, und daß er so ents gegen dem Artikel 58 der Reichsverfassung eigenmächtig eine neue außerpolitische Richtlinie inaquiert hat, welche der neuen Zukunft gefährlich und abwärts führt, erntet sich der Reichstag dem Minister des Inneren Dr. Stresemann das Vertrauen.

Die Zustimmung über diesen Vertrauensantrag dürfte den Reichsparteien nicht sehr angenehm sein. Sie muß entweder es geben, daß Schiele Recht behalten hat, und dann muß seine Funktion für den Antrag stimmen, oder aber der Reichsinnenminister hat es mit der Moral nicht ganz genau genommen, und dann kann er mit seinen Parteigenossen gegen den böllischen Antrag stimmen. Aber was kommt? In diesem Falle wäre der Reichsinnenminister öffentlich des Schwundels überführt und damit recht zum Wahnsinn. Anmerken, was auskommen mag, auf diese oder jene Art dürfte die parlamentarische Lage in den nächsten Wochen eine Klärung erfahren. Es ist bei der Charakteristika der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei jedoch eine Tatsache, ob sich diese Klärung in einer Art des Schwundels ausdrückt. Sie beschäftigen sich zwar heute des Schwundels, aber das schließt nicht aus, daß sie sich morgen wieder einander in den Armen liegen. Nicht der Sozialdemokratie bleibt es, auch diesen Volkstagen aufzubauen.

Die Ausgabebedingungen der französischen Anleihe.

Paris, 6. Juli. (Sta. Drahtbericht.)

Ein außerordentlicher Ministerrat hat am Sonnabendmorgen mit der Ausgabebedingungen für die vom Parlament beschlossene vierprozentige Anleihe, die der Finanzminister Galloux nach mehrfachen Besprechungen mit dem Leiter des Schatzamtes und den Vertretern der Großbanken vorgetragen hatte, teillos gutgeheißen. Die neue Anleihe wird die Form einer einzigen Kasse haben; sie ist ausschließlich dazu bestimmt, durch Umwandlung der noch in Höhe von etwa 60 Milliarden umlaufenden Nationalanleihebedingungen-Rans einen Teil der ausstehenden Schuld zu konvertieren und wird zu 4 Prozent verzinst sein. Für die Zeichnung, die am 20. Juli beginnt und am 5. September geschlossen werden soll, sind lediglich die Anbände von Nationalanleihebedingungen-Rans zu erlösen. Die Ausgabe soll erfolgen auf einem Zeichnungstermin von 95 Rans, d. h. etwa 10 Rans unter dem gegenwärtigen Zinssfuß.

Das Aufwertungsgefetz.

Die Anträge des Ausschusses.

Von Wilhelm Reil, M. d. R.

Der Aufwertungsantrag des Reichstags hat die Beratung des Gesetzes über die Aufwertung des Hypotheken und anderer privatrechtlicher Schuldverhältnisse am Freitag abgeschlossen. Das Gesetz über die Aufwertung der öffentlichen Anleihen ist noch der zweiten Beratung zu unterziehen, die bis in die Mitte dieser Woche beendet sein dürfte. Wegen Ende dieser Woche ist mit dem Beginn der Einzelberatungen der Aufwertungsgefetze in der Vollziehung des Reichstags zu rechnen.

Am Abend ist das Interesse der Öffentlichkeit vor allem auf die Frage gerichtet, in welcher Weise das Aufwertungsgefetz aus dem Ausschuss herkommt. Die grundlegenden Bestimmungen der Aufwertungsgefetze sollen dabei hier kurz und ohne eingehende Kritik dargestellt werden. Nur heute sei vorweg bemerkt, daß der deutschnationale Graf von Helldorf in einem in den letzten Tagen veröffentlichten Zeitungsartikel ein geradezu merkwürdiges Urteil über das Kompromiß der Regierungsparteien fällt, das namentlich in Geheißparaphrasen gefaßt worden ist. Der ehemalige laiterische Minister und deutschnationale Abgeordnete in der Nationalversammlung Reichsgraf spricht von der Aufwertungsgefetzgebung als „einem dummen Wort in der deutschen Rechts- und Erläuterung“ und bezeichnet es als „politisch unmöglich, daß die deutschnationale Fraktion jetzt für das Kompromiß stimmt, das im letzten Gesetzgebungsantrag zu ihrem bisherigen Standpunkt und Resignation steht“. Der Herr Graf wird sich bald davon überzeugen können, daß bei seinen Parteigenossen im Reichstag sein Fina unmöglich ist.

Der äußeren Form nach erkennt man in den Vorschlägen des Regierungsentwurfes nicht wieder. Von dieser nur 20 Prozent zählende Entwurf in die Form einer Abänderung der 3. Zinsrentenordnung gefaßt, so erwidern die Anträge des Ausschusses in der Gestalt eines ganz selbständigen Gesetzes, das nicht weniger als 88 Paragraphen umfaßt. Der Aufbau und die Gliederung des Gesetzes ist von Grund aus umgekehrt. Zunächst stehen die Bestimmungen nicht in der Reihenfolge, wie sie im Entwurf enthalten sind. Die wichtigsten Änderungen im Inhalt des Entwurfs werden ohne den scharfen Kampf, den die Sozialdemokratie gegen die unrichtigen deutschnationalen Parteien geführt hat. Nimmermehr hätten sich die Regierungsparteien zu diesen Aufwertungsbedingungen herbeigelassen, wenn nicht die Sozialdemokraten ihnen dauernd auf den Näbten gefolgt und immer wieder auf das himmelstreichende Unrecht hingewiesen hätten, das in ungehörigen Fällen an unzulässig herabgemindert durch die engstirnige Aufwertung verübt wird.

Aber diesen wenigen Verbesserungen, die hinter den berechtigten Forderungen der Gläubiger ebenso weit zurückbleiben wie hinter den Wahlversprechungen der Deutschnationalen, lassen jedoch Berücksichtigung des Regierungsentwurfes gegenüber. Eine solche Berücksichtigung ist es beispielsweise, daß die persönliche Haftung der Forderung, die bisher der unbegrenzten individuellen Haftung unterlag, morgen aus der Entwurf nicht ändern sollte, namentlich auf 75 Prozent beschränkt ist, wenn sie aus der Zeit vom 31. Dezember 1908 bis 1. Dezember 1912 stammt. Forderungen dieser Art, die in der Zeit vom 1. Januar 1912 bis 1. Januar 1922 begründet worden sind, dürfen nur bis zu 100 Prozent aufgewertet werden. Daraus kann sich ergeben, daß eine in der Inflationszeit entfallende Forderung, die zur Zeit ihrer Entstehung 50 Prozent des Kaufpreises ausmachte, mit 1 Prozent des gegenwärtigen Kaufpreises zurückzuführen ist. Die Forderung steht der Schuldner ein, der bei böllischen Gebäuften oft ein Ausländer ist. Beizughalten hat die Mehrheit auch an dem einheitlichen Kassenanleihe, die nur der Schuldner, der in der Regel um 75 Prozent seiner Schuld entlastet wird, nie über der Gläubiger sich in Anspruch nehmen kann. Nur hinsichtlich der Schuldner zugute kommt, der durch die Rückzahlungsbefreiungen in Anspruch genommen wird. Die Befreiung ist die Ausübung der Rückzahlung bis 1. Juli 1921. Nach einer von den Sozialdemokraten beantragte Befreiung der Schuldner zugute kommt der Gläubiger, die vor dem 1. Juli 1921 mit kaiserlichen Verträgen abgeschlossen worden sind, vielfach der Befreiung.

Rückzahlung des aufgewerteten Betrags kann vom Gläubiger

Halle und Saalkreis.

Hilf dir selbst!

Der Amnestiechwinkel der SPD.

Halle, den 6. Juli 1923.

Am Kassenpfeilerhügel ist die SPD noch in der Lage... Um Kassenpfeilerhügel ist die SPD noch in der Lage...

Der Verlauf der Genossenschaftslundung

Wir brauchen eine Volksgemeinschaft! Mit diesem... Der Verlauf der Genossenschaftslundung...

die sich gestern in den Straßen Halles zeigte. Im Hofplatz... die sich gestern in den Straßen Halles zeigte...

Seit einiger Zeit sucht die SPD, Dumme zu bewegen... Seit einiger Zeit sucht die SPD, Dumme zu bewegen...

Man sprach und schrieb eine Zeitlang viel von der Sozial... Man sprach und schrieb eine Zeitlang viel von der Sozial...

Am Sonntag betrachte, verließ die Kumborgung in formaler... Am Sonntag betrachte, verließ die Kumborgung in formaler...

Keine öffentliche Bekanntgabe der Wählzettel.

In einem Aushang des preussischen Innenministeriums... In einem Aushang des preussischen Innenministeriums...

Keine öffentliche Bekanntgabe der Wählzettel.

In einem Aushang des preussischen Innenministeriums... In einem Aushang des preussischen Innenministeriums...

Keine öffentliche Bekanntgabe der Wählzettel.

In einem Aushang des preussischen Innenministeriums... In einem Aushang des preussischen Innenministeriums...

Keine öffentliche Bekanntgabe der Wählzettel.

Die wenig der Zeitung der SPD, das Schicksal ihrer... Die wenig der Zeitung der SPD, das Schicksal ihrer...

Keine öffentliche Bekanntgabe der Wählzettel.

Bevorzugt hatte die Deutschnationale Volkspartei... Bevorzugt hatte die Deutschnationale Volkspartei...

Keine öffentliche Bekanntgabe der Wählzettel.

Die fünfzig Mittelstücke. Für die Mittelstücke hat... Die fünfzig Mittelstücke. Für die Mittelstücke hat...

Keine öffentliche Bekanntgabe der Wählzettel.

Teufelherd kann niemand die Heuchelei der SPD-Führer... Teufelherd kann niemand die Heuchelei der SPD-Führer...

Keine öffentliche Bekanntgabe der Wählzettel.

Die Sommerkonzert im Volkspark. Veranlaßt durch den... Die Sommerkonzert im Volkspark. Veranlaßt durch den...

Keine öffentliche Bekanntgabe der Wählzettel.

Keine öffentliche Bekanntgabe der Wählzettel. Keine öffentliche Bekanntgabe der Wählzettel.

Kölles über 100 Jahren predigten. Der Vertrag umfasst 3000 Arbeiter. Es bedurfte seiner Aufmerksamkeit, dass sich fast 30 Wänter für die neuen Arbeitsplätze ausbilden lassen werden, eine starke und lebendige Ortsgruppe hier auszubilden.

Wiesbaden. Die Einwohnerzahl betrug mit dem letzten Zählung 1926, nämlich 90 männliche und 107 weibliche Personen.

Wiesbaden. Die Volkszählung am 18. Juni hatte hier noch vorläufigen Angaben folgendes Ergebnis: 470 Wohnhäuser, 10.000 Einwohner, 1900 männliche und 1800 weibliche, zusammen 3700 Personen. Es befinden 91 Land- bzw. Forstwirtschaftlichen, Gewerbebetriebe sind 247 vorhanden.

Gewerkschaftliches.

Die mitteldeutsche Bergarbeiterfrage.

Vom Deutschen Bergarbeiterverband, Bezirk Halle, wird uns geschrieben:

„Nachdem wir sehen die Fälle, dass von weichen nach dem mitteldeutschen Bergarbeiterverband angetragene Arbeiter nach und nach ihre letzten paar Groschen für die Weisse opfereten, entließ ich wieder weitergehenden Mühen. Die Arbeiter der Grubenbetriebe betragen 8 bis 12 Mk. wöchentlichen Verdienst. Das ist offensichtlich eine Verzerrung. Niemand ist im mitteldeutschen Bergarbeiterverbanden jedoch höher bezahlten. Die Bergarbeiter haben schon angelehnt der Forderung beiseitende Lohnforderungen gestellt. Die Grubenbetreiber haben aber nicht einen Pfennig Lohnzulage bewilligt. Gleichfalls hat der Schlichtungsausschuss des Reichsarbeitsministeriums jede Lohnherabsetzung abgelehnt. Die mitteldeutschen Bergarbeiterbetriebe arbeiten unter den besten wirtschaftlichen, sozialen und Arbeitverhältnissen. Die letzte Verhandlung ist an der Tagesordnung. Für gelbe Verträge und patriotischen Hummel aller Art geben die Werke singenden Unklammen aus.“

„Weil sich in Deutschland nicht noch genügend Dummheit finden, wird verurteilt, Arbeiter an Vertriebsstellen als Lohnführer nach Mitteldeutschland zu verschleppen. Zur selben Zeit verlassen Tausende langjähriger Bergarbeiter ihren alten Beruf, in anderen Industriezweigen bezahlte Arbeit suchend. Mithin ist der Bergarbeiterverband zu beenden und ausländischen Arbeiter vor dem Zugang nach dem Vertriebsstellen-Mitteldeutschland zu verhindern. Die Arbeiter sind zu verschlechtern über und der mitteldeutschen Arbeiter Lebenslage. Nur als Lohnführer sollen die nach hier vertriehen Arbeiter dienen. Weidert daher den mitteldeutschen Bergarbeiter!“

Verbandstag der graphischen Hilfsarbeiter.

Hamburg, 4. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Am 5. Verbandstag des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter wurden die Beratungen über die idellen Anträge zur Statutenänderung fortgesetzt. An der Aussprache teilte sich u. a. der Bundesvertreter des DDB, Cabatja (Berlin), für die Anträge des Hauptverbandes ein. Es wurden dann einige grundsätzliche Bestimmungen vorgenommen. Der Verbandstag beschloss mit großer Zustimmung, dass der Verbandstag weiter bestehen soll. Er beschloss ferner, dass der gesamte Verbandsvorstand durch den Verbandstag gewählt wird und nicht mehr bisher die unbedeutenden Mitglieder durch die Berliner Hauptstellen. Abgelehnt wurde die Einigung eines eigenen Jugendvereins. Die Kommission für die idellen Anträge soll demnächst zur Beratung zurück. Aufgehoben wurde von der Kommission für die materiellen Anträge Bericht erstattet. Dem Verbandstag wurden entsprechende Beschlüsse unterbreitet, die darauf hinauslaufen, dass eine Erhöhung der bis herigen Beiträge von 10 bis 40 Pf., verteilt auf sechs Gruppen, eintreten soll. Demnächst soll die Arbeitslosenunterstützung das fünf. Die achtende der Beiträge, die Krankenunterstützung die Hälfte der Arbeitslosenunterstützung und die Streik- und Märgelungsunterstützung das Doppelte der Krankenunterstützung betragen. Damit würden, wie von dem Vertreter des Hauptverbandes betont, zum Ausbruch gebracht werden die Beiträge des gewerkschaftlichen Hilfsarbeiterverbandes des Hauptverbandes bedeutend übersteigen. In der Debatte wurde weniger zu den Unterstützungsangelegenheiten, als vielmehr zu den Beitragsfragen, gegen die sich eine heftige Opposition bemerkbar machte. Die Kommissionsanträge über die Beiträge wurden vom Verbandstag abgelehnt, der sich dann für die Einführung der Streikbeiträge, nach dem Schönen erklärte. Damit waren selbstverständlich die hohen Unterstützungsbeiträge gleichfalls zu Fall gebracht. Angenommen wurde u. a. eine Entschärfung des Verbandsbundes über Agitationen und Bildungsverträge, die den Inhalt eines Teils des Verbandsstatuts ersetzte. Außerdem erfolgte die einstimmige Annahme einer Aufstellung der Beiträge, die die Höhe der Beiträge festlegte. Abgelehnt wurden die Anträge auf Wiederaufnahme von zwei bekannten Berliner Kommunisten (Kraus und Krumm). Die Wahl des Verbandsbundes ergab folgendes Bild: Die einstimmige Wiederaufnahme der alten Leitung mit Ausnahme von Otto Krieger, Annie Kraus, Otto Krumm und Martha Krieger. Die Höhe der Beiträge wurde durch den Schönen erklärt. Die neue Kommission für die materiellen Anträge unterbreitete darauf die inwärtigen ausgearbeiteten Vorläufige Art Beitrags- und Unterstützungsfrage. Die Beiträge sollen bei einem Tariflohn von 10 Mk. mit 30 Pf. beginnen und für die weiteren 5 Mk. um 10 Pf. steigen. Die Unterstützungsunterstützung soll demnächst neu festzulegen und die Höhe der Beiträge und die Märgelungs- und Streikunterstützung auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützung festgelegt werden. Der letzte Verbandstag begann am Sonnabend morgen mit der Abstimmung über die von der neu eingeleiteten Kommission ausgearbeiteten Vorläufige Art Beitrags- und Unterstützungsfrage. Gemittelte Kommission wurden einstimmig angenommen. Bemerkenswert ist noch ein Antrag der Sozialisten Dresden, der Annahme fand. Er betraf, das Mitglieder, die infolge ihrer Tätigkeit für die Organisation unverzüglich in Haft geraten, auf die Dauer der Verhaftung als gemäßigelt betrachtet und anteiliglich werden.

Wiesbaden. Die Volkszählung am 18. Juni hatte hier noch vorläufigen Angaben folgendes Ergebnis: 470 Wohnhäuser, 10.000 Einwohner, 1900 männliche und 1800 weibliche, zusammen 3700 Personen. Es befinden 91 Land- bzw. Forstwirtschaftlichen, Gewerbebetriebe sind 247 vorhanden.

Wiesbaden. Die Volkszählung am 18. Juni hatte hier noch vorläufigen Angaben folgendes Ergebnis: 470 Wohnhäuser, 10.000 Einwohner, 1900 männliche und 1800 weibliche, zusammen 3700 Personen. Es befinden 91 Land- bzw. Forstwirtschaftlichen, Gewerbebetriebe sind 247 vorhanden.

Die Leipziger Metallarbeiterfrage.

Leipzig, 6. Juli. (Mabionelung.) Seit Freitag früh streikten die Metallarbeiter von 23 Betrieben Leipzigs mit insgesamt 8000 Metallarbeitern, in denen sich die Verhandlungen um eine Lohn- und Arbeitsbedingungen-erhöhung verhandelt hatten. Im Gegensatz zu der Verhandlungskommission der Arbeitgeber war die Weisung der einzelnen Unternehmer keine, eine Konzession zu gewähren. Der Kampf dürfte daher von kurzer Dauer sein.

Das Ergebnis des Leipziger Straßenbahnstreiks.

Die Leipziger Arbeiter streikten in den Zustand.

Leipzig, 6. Juli. (Mabionelung.) Die Streikbewegung der Arbeiter der Leipziger Straßenbahn endigte damit, dass das Schiedsgericht einen Spruch fällt, wonach für das technische Personal eine Vergleichszulage von 15 Mk. für die Zeit vom 23. Mai bis 30. Juni gezahlt wird. Am 1. Juli streikten die Straßenbahnarbeiter um 8 Pf. Die technische Zulage bleibt bestehen. Die Arbeit wurde sofort wieder aufgenommen. Den streikenden Beamten Leipzigs schickten sich am heutigen Montag etwa 2500 Zimmerleute an. Diese verlangen einen Spätlohn von 132 Mk. bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 45 1/2 Stunden.

Merzberg-Querfurt.

Verammlung der Landgemeindenverträge.

Am Sonntag, den 18. Juli, vormittags 11 Uhr, hält im Hotel Müller in Merzberg die Kreisabteilung Merzberg des Verbandes der preussischen Landgemeinden ihre zweite Mitgliederversammlung ab. Aus der umfangreichen Tagesordnung ist hervorzuheben die Sitzung des Ausschusses für die Beratung und Festlegung des Jahresbeitrages, der Bericht des bisherigen Vorsitzenden, der Bericht über die Kreisvertretertagung in Erfurt, ein Vortrag des Bundesverbandes des Hauptverbandes, Herrn Steinberg über das Thema: „Stand der gegenwärtigen Reformen, insbesondere der Steuerreform“, ein Vortrag über die Organisation der Landgemeinden, der Bericht über den Landesverband, ein Bericht über den Landesverband, der Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Steuerreform, der Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Steuerreform, der Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Steuerreform.

Hart auf Hart.

Der Berliner Rieglerstreik.

Berlin, 8. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Arbeitgeberverband der Riegler hat den Arbeitnehmern ein Schreiben geschickt, in dem er die Unmöglichkeit des Bestehens der Rieglerbetriebe mit den streikenden Arbeitnehmern betont und die Behauptung aufstellt, dass die von den Arbeitnehmern angebotene Lohn- und Arbeitsbedingungen-erhöhung weit über alle Streikbedingnisse hinausgeht. Wenn dieses Angebot trotzdem mit Streik beantwortet würde, so sei der Rieglerbetriebe nach dem Streik lange nicht mehrgen werden, die der Streik zu vermeiden, beschloss, nach langer Debatte, den Rieglerbetriebe für jedoch nicht weniger stark, als sie sind zur Fortsetzung des Kampfes entschlossen.

Generalfreist der belgischen Metallarbeiter.

Brüssel, 6. Juli. (Mabionelung.) Der belgische Metallarbeiterstreik, der nach Brüssel einberufen worden war, um zu dem Zweck in der belgischen Metallindustrie den Streik zu beenden, beschloss nach langer Debatte, einen Antrag in Anspruch nahm und sich in der Hauptfrage darum drehte, ob der Generalfreist jedoch proklamiert oder erst nach Abstimmung vorgenommen werden soll, mit allen gegen wenige Stimmen, den Generalfreist für alle die Betriebe, in denen die Unternehmer Lohnforderungen vornehmen. Der Streik wird spätestens am 18. Juli im ganzen Lande allgemein sein.

Merzberg-Querfurt.

Landgemeindenverträge.

Am Sonntag, den 18. Juli, vormittags 11 Uhr, hält im Hotel Müller in Merzberg die Kreisabteilung Merzberg des Verbandes der preussischen Landgemeinden ihre zweite Mitgliederversammlung ab. Aus der umfangreichen Tagesordnung ist hervorzuheben die Sitzung des Ausschusses für die Beratung und Festlegung des Jahresbeitrages, der Bericht des bisherigen Vorsitzenden, der Bericht über die Kreisvertretertagung in Erfurt, ein Vortrag des Bundesverbandes des Hauptverbandes, Herrn Steinberg über das Thema: „Stand der gegenwärtigen Reformen, insbesondere der Steuerreform“, ein Vortrag über die Organisation der Landgemeinden, der Bericht über den Landesverband, ein Bericht über den Landesverband, der Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Steuerreform, der Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Steuerreform, der Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Steuerreform.

Streik in Berliner Kohlengrubhandel.

Streik in Berliner Kohlengrubhandel. In Berliner Kohlengrubhandel sind die Arbeiter am Montagmorgen zur Erringung einer Lohnerhöhung in den Streik getreten. Der Schlichter hat die Parteien zu Vergleichsverhandlungen geladen. Die Städtische Berliner Brennstoffgesellschaft ist mit Zustimmung des Verbandsbundes zum Streik erklärt worden. Es wird nicht bestritten, falls der Streik nicht beendet werden kann, werden die Arbeiter mit dem Unternehmen der Vorarbeiten der Vereinigung der Kohlengrubhändler Berlins noch zum Notstandbetrieb erklärt werden.

Merzberg-Querfurt.

Landgemeindenverträge.

Am Sonntag, den 18. Juli, vormittags 11 Uhr, hält im Hotel Müller in Merzberg die Kreisabteilung Merzberg des Verbandes der preussischen Landgemeinden ihre zweite Mitgliederversammlung ab. Aus der umfangreichen Tagesordnung ist hervorzuheben die Sitzung des Ausschusses für die Beratung und Festlegung des Jahresbeitrages, der Bericht des bisherigen Vorsitzenden, der Bericht über die Kreisvertretertagung in Erfurt, ein Vortrag des Bundesverbandes des Hauptverbandes, Herrn Steinberg über das Thema: „Stand der gegenwärtigen Reformen, insbesondere der Steuerreform“, ein Vortrag über die Organisation der Landgemeinden, der Bericht über den Landesverband, ein Bericht über den Landesverband, der Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Steuerreform, der Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Steuerreform, der Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Steuerreform.

Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion.

Nach den letzten Meldungen der Sowjetpresse hat die Arbeitslosigkeit in Russland in den letzten Monaten einen ungeheuren Umfang angenommen. Die Zahl der an den Arbeitsbüros registrierten Arbeitslosen betrug nach den offiziellen Angaben am 1. April 1926 über 900.000. Diese Zahl ist aber seitdem gewaltig angewachsen. Allein in Moskau betrug die Zahl der Arbeitslosen am 1. April 1926 über 100.000. Am 1. April 1926, was ungefähr 1 1/2 Millionen eine Zunahme um über 27 Prozent bedeutet. Die Gesamtzahl der städtischen Arbeitslosen in der Sowjetunion wurde am 1. Juni auf 1 1/2 Millionen geschätzt. Die Ursachen dieser gefährlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit sind vielfach nicht aufzuklären. Die Sowjetregierung behauptet, dass die wirtschaftliche Krise die Ursache ist. Die Arbeitslosigkeit ist nicht durch die Krise der Industrie, sondern durch die angelegte Wiederherstellung der Volkswirtschaft hervorgerufen, schreibt Lora Bron, „Welt“. Weil die Wiederherstellung der Industrie durch Verlangsamung der Arbeitsleistung (die nicht in allen Betrieben fortan) mit der Einführung der Arbeit in der Sowjetunion, erreicht wird. Daher die neueste Parole der russischen Gewerkschaften und Arbeiter: „Kampf gegen Arbeitslosigkeit“. Als zweite Hauptursache der unauflöslichen Steigerung der Zahl der Arbeitslosen wird von der Sowjetpresse die Mangel an den städtischen Arbeitsbüros bezeichnet. Die Zahl der überflüssigen Arbeitskräfte auf dem Lande wird in „Economicische Liza“ auf 100.000 im Jahr 1925 auf etwa 30 Millionen geschätzt. Diese ungeheure Arbeitslosigkeit ist es, die die Städte überflutet und hier verheerend nach der Beschäftigung sucht. Die Ursachen der immer verheerenderen Arbeitslosigkeit sind tief in der Vergangenheit zu suchen. Die Sowjetregierung hat die Ursache der Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion nicht aufzuklären. Die Sowjetregierung behauptet, dass die wirtschaftliche Krise die Ursache ist. Die Arbeitslosigkeit ist nicht durch die Krise der Industrie, sondern durch die angelegte Wiederherstellung der Volkswirtschaft hervorgerufen, schreibt Lora Bron, „Welt“.

Verbandstag der Fabrikarbeiter.

Leipzig, 6. Juli. (Mabionelung.) Am Sonntagabend traten in Leipzigs Mauer die Delegierten des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes am 15. Ausserordentlichen Verbandstag zusammen. Von ausländischen Bruderverbänden fünf Vertreter aus Schweden, Dänemark, Österreich und der Schweiz amnestisch erschienen. Aus anderen Ländern treffen noch Vertreter ein. Die Eröffnungsrede im feierlich geschmückten Saale des Volkshauses leitete der Vorsitzende Gustav Frey („Gannover“) mit einer Begrüßungsansprache ein, wobei er auch der Opfer der Arbeit gedachte, zu deren Ehren sich die Delegierten erhoben. Dies war ein kurzer Nebensatz auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die schwere Krise hat der Verband überstanden und befindet sich wieder im Aufstieg. Er zählt über 800.000 Fabrikarbeiter in seinen Reihen. Am 1. Vorsitzenden des Verbandstages wurde Frey, zum zweiten Schatzmann (Leipzig) bestimmt. Die eigentlichen Beratungen begannen am Montagfrüh.

Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion.

Nach den letzten Meldungen der Sowjetpresse hat die Arbeitslosigkeit in Russland in den letzten Monaten einen ungeheuren Umfang angenommen. Die Zahl der an den Arbeitsbüros registrierten Arbeitslosen betrug nach den offiziellen Angaben am 1. April 1926 über 900.000. Diese Zahl ist aber seitdem gewaltig angewachsen. Allein in Moskau betrug die Zahl der Arbeitslosen am 1. April 1926 über 100.000. Am 1. April 1926, was ungefähr 1 1/2 Millionen eine Zunahme um über 27 Prozent bedeutet. Die Gesamtzahl der städtischen Arbeitslosen in der Sowjetunion wurde am 1. Juni auf 1 1/2 Millionen geschätzt. Die Ursachen dieser gefährlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit sind vielfach nicht aufzuklären. Die Sowjetregierung behauptet, dass die wirtschaftliche Krise die Ursache ist. Die Arbeitslosigkeit ist nicht durch die Krise der Industrie, sondern durch die angelegte Wiederherstellung der Volkswirtschaft hervorgerufen, schreibt Lora Bron, „Welt“.

Mansfelder Lande.

Ein ungeheurer sozialdemokratischer Unionsstreik.

Unter dieser Überschrift ist in den denkbar größten Lettern so die vollständige Presse über den angeblich sozialdemokratischen Bergmann Otto Lütke über die Überführung eines Bergmanns in die revolutionäre Ziele an die Oberfläche gekommen habe und der nicht in der Lage war, die Geschichte zu führen. Als Sozialdemokrat hat sich zu mancher ausgegeben, wenn es geht, irgendwelche persönlichen Vorteile zu erlangen. Derartige Persönlichkeiten hat es jederzeit und an allen Orten und in allen Parteien gegeben. Wenn aber ausgegeben das „Gefährliche Tagewort“ in den größten Städten ist, dann ist es notwendig, dass die Arbeiter sich von den falschen Hoffnungen der Sozialdemokraten lösen, schon längst die Sozialdemokratische Partei verlassen hat und eine wirkliche Stimme der führenden Geister, der völkischen Mehrheit darstellt. Eine Bitte in Zukunft nicht so proklamiert!

Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion.

Nach den letzten Meldungen der Sowjetpresse hat die Arbeitslosigkeit in Russland in den letzten Monaten einen ungeheuren Umfang angenommen. Die Zahl der an den Arbeitsbüros registrierten Arbeitslosen betrug nach den offiziellen Angaben am 1. April 1926 über 900.000. Diese Zahl ist aber seitdem gewaltig angewachsen. Allein in Moskau betrug die Zahl der Arbeitslosen am 1. April 1926 über 100.000. Am 1. April 1926, was ungefähr 1 1/2 Millionen eine Zunahme um über 27 Prozent bedeutet. Die Gesamtzahl der städtischen Arbeitslosen in der Sowjetunion wurde am 1. Juni auf 1 1/2 Millionen geschätzt. Die Ursachen dieser gefährlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit sind vielfach nicht aufzuklären. Die Sowjetregierung behauptet, dass die wirtschaftliche Krise die Ursache ist. Die Arbeitslosigkeit ist nicht durch die Krise der Industrie, sondern durch die angelegte Wiederherstellung der Volkswirtschaft hervorgerufen, schreibt Lora Bron, „Welt“.

Merzberg-Querfurt.

Landgemeindenverträge.

Am Sonntag, den 18. Juli, vormittags 11 Uhr, hält im Hotel Müller in Merzberg die Kreisabteilung Merzberg des Verbandes der preussischen Landgemeinden ihre zweite Mitgliederversammlung ab. Aus der umfangreichen Tagesordnung ist hervorzuheben die Sitzung des Ausschusses für die Beratung und Festlegung des Jahresbeitrages, der Bericht des bisherigen Vorsitzenden, der Bericht über die Kreisvertretertagung in Erfurt, ein Vortrag des Bundesverbandes des Hauptverbandes, Herrn Steinberg über das Thema: „Stand der gegenwärtigen Reformen, insbesondere der Steuerreform“, ein Vortrag über die Organisation der Landgemeinden, der Bericht über den Landesverband, ein Bericht über den Landesverband, der Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Steuerreform, der Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Steuerreform, der Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Steuerreform.

Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion.

Nach den letzten Meldungen der Sowjetpresse hat die Arbeitslosigkeit in Russland in den letzten Monaten einen ungeheuren Umfang angenommen. Die Zahl der an den Arbeitsbüros registrierten Arbeitslosen betrug nach den offiziellen Angaben am 1. April 1926 über 900.000. Diese Zahl ist aber seitdem gewaltig angewachsen. Allein in Moskau betrug die Zahl der Arbeitslosen am 1. April 1926 über 100.000. Am 1. April 1926, was ungefähr 1 1/2 Millionen eine Zunahme um über 27 Prozent bedeutet. Die Gesamtzahl der städtischen Arbeitslosen in der Sowjetunion wurde am 1. Juni auf 1 1/2 Millionen geschätzt. Die Ursachen dieser gefährlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit sind vielfach nicht aufzuklären. Die Sowjetregierung behauptet, dass die wirtschaftliche Krise die Ursache ist. Die Arbeitslosigkeit ist nicht durch die Krise der Industrie, sondern durch die angelegte Wiederherstellung der Volkswirtschaft hervorgerufen, schreibt Lora Bron, „Welt“.

Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion.

Nach den letzten Meldungen der Sowjetpresse hat die Arbeitslosigkeit in Russland in den letzten Monaten einen ungeheuren Umfang angenommen. Die Zahl der an den Arbeitsbüros registrierten Arbeitslosen betrug nach den offiziellen Angaben am 1. April 1926 über 900.000. Diese Zahl ist aber seitdem gewaltig angewachsen. Allein in Moskau betrug die Zahl der Arbeitslosen am 1. April 1926 über 100.000. Am 1. April 1926, was ungefähr 1 1/2 Millionen eine Zunahme um über 27 Prozent bedeutet. Die Gesamtzahl der städtischen Arbeitslosen in der Sowjetunion wurde am 1. Juni auf 1 1/2 Millionen geschätzt. Die Ursachen dieser gefährlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit sind vielfach nicht aufzuklären. Die Sowjetregierung behauptet, dass die wirtschaftliche Krise die Ursache ist. Die Arbeitslosigkeit ist nicht durch die Krise der Industrie, sondern durch die angelegte Wiederherstellung der Volkswirtschaft hervorgerufen, schreibt Lora Bron, „Welt“.

Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion.

Nach den letzten Meldungen der Sowjetpresse hat die Arbeitslosigkeit in Russland in den letzten Monaten einen ungeheuren Umfang angenommen. Die Zahl der an den Arbeitsbüros registrierten Arbeitslosen betrug nach den offiziellen Angaben am 1. April 1926 über 900.000. Diese Zahl ist aber seitdem gewaltig angewachsen. Allein in Moskau betrug die Zahl der Arbeitslosen am 1. April 1926 über 100.000. Am 1. April 1926, was ungefähr 1 1/2 Millionen eine Zunahme um über 27 Prozent bedeutet. Die Gesamtzahl der städtischen Arbeitslosen in der Sowjetunion wurde am 1. Juni auf 1 1/2 Millionen geschätzt. Die Ursachen dieser gefährlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit sind vielfach nicht aufzuklären. Die Sowjetregierung behauptet, dass die wirtschaftliche Krise die Ursache ist. Die Arbeitslosigkeit ist nicht durch die Krise der Industrie, sondern durch die angelegte Wiederherstellung der Volkswirtschaft hervorgerufen, schreibt Lora Bron, „Welt“.

Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion.

Nach den letzten Meldungen der Sowjetpresse hat die Arbeitslosigkeit in Russland in den letzten Monaten einen ungeheuren Umfang angenommen. Die Zahl der an den Arbeitsbüros registrierten Arbeitslosen betrug nach den offiziellen Angaben am 1. April 1926 über 900.000. Diese Zahl ist aber seitdem gewaltig angewachsen. Allein in Moskau betrug die Zahl der Arbeitslosen am 1. April 1926 über 100.000. Am 1. April 1926, was ungefähr 1 1/2 Millionen eine Zunahme um über 27 Prozent bedeutet. Die Gesamtzahl der städtischen Arbeitslosen in der Sowjetunion wurde am 1. Juni auf 1 1/2 Millionen geschätzt. Die Ursachen dieser gefährlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit sind vielfach nicht aufzuklären. Die Sowjetregierung behauptet, dass die wirtschaftliche Krise die Ursache ist. Die Arbeitslosigkeit ist nicht durch die Krise der Industrie, sondern durch die angelegte Wiederherstellung der Volkswirtschaft hervorgerufen, schreibt Lora Bron, „Welt“.

Merzberg-Querfurt.

Landgemeindenverträge.

Am Sonntag, den 18. Juli, vormittags 11 Uhr, hält im Hotel Müller in Merzberg die Kreisabteilung Merzberg des Verbandes der preussischen Landgemeinden ihre zweite Mitgliederversammlung ab. Aus der umfangreichen Tagesordnung ist hervorzuheben die Sitzung des Ausschusses für die Beratung und Festlegung des Jahresbeitrages, der Bericht des bisherigen Vorsitzenden, der Bericht über die Kreisvertretertagung in Erfurt, ein Vortrag des Bundesverbandes des Hauptverbandes, Herrn Steinberg über das Thema: „Stand der gegenwärtigen Reformen, insbesondere der Steuerreform“, ein Vortrag über die Organisation der Landgemeinden, der Bericht über den Landesverband, ein Bericht über den Landesverband, der Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Steuerreform, der Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Steuerreform, der Bericht über die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Steuerreform.

Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion.

Nach den letzten Meldungen der Sowjetpresse hat die Arbeitslosigkeit in Russland in den letzten Monaten einen ungeheuren Umfang angenommen. Die Zahl der an den Arbeitsbüros registrierten Arbeitslosen betrug nach den offiziellen Angaben am 1. April 1926 über 900.000. Diese Zahl ist aber seitdem gewaltig angewachsen. Allein in Moskau betrug die Zahl der Arbeitslosen am 1. April 1926 über 100.000. Am 1. April 1926, was ungefähr 1 1/2 Millionen eine Zunahme um über 27 Prozent bedeutet. Die Gesamtzahl der städtischen Arbeitslosen in der Sowjetunion wurde am 1. Juni auf 1 1/2 Millionen geschätzt. Die Ursachen dieser gefährlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit sind vielfach nicht aufzuklären. Die Sowjetregierung behauptet, dass die wirtschaftliche Krise die Ursache ist. Die Arbeitslosigkeit ist nicht durch die Krise der Industrie, sondern durch die angelegte Wiederherstellung der Volkswirtschaft hervorgerufen, schreibt Lora Bron, „Welt“.

Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion.

Nach den letzten Meldungen der Sowjetpresse hat die Arbeitslosigkeit in Russland in den letzten Monaten einen ungeheuren Umfang angenommen. Die Zahl der an den Arbeitsbüros registrierten Arbeitslosen betrug nach den offiziellen Angaben am 1. April 1926 über 900.000. Diese Zahl ist aber seitdem gewaltig angewachsen. Allein in Moskau betrug die Zahl der Arbeitslosen am 1. April 1926 über 100.000. Am 1. April 1926, was ungefähr 1 1/2 Millionen eine Zunahme um über 27 Prozent bedeutet. Die Gesamtzahl der städtischen Arbeitslosen in der Sowjetunion wurde am 1. Juni auf 1 1/2 Millionen geschätzt. Die Ursachen dieser gefährlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit sind vielfach nicht aufzuklären. Die Sowjetregierung behauptet, dass die wirtschaftliche Krise die Ursache ist. Die Arbeitslosigkeit ist nicht durch die Krise der Industrie, sondern durch die angelegte Wiederherstellung der Volkswirtschaft hervorgerufen, schreibt Lora Bron, „Welt“.

